

EDITORIAL ZUR BERUFSPRAXIS DER ARCHITEKTEN

Die Diskussion um die Bedingungen und Möglichkeiten politischer Arbeit von Architekten ist in jüngster Zeit in eine neue Phase getreten: die Architekten haben begonnen, sich gewerkschaftlich zu organisieren ¹⁾. Vorerst sehr wenige Architekten haben aus der Veränderung ihrer beruflichen Situation subjektiv die Konsequenzen gezogen, welche individualistische Auswege oder berufsständische Reaktion hinter sich lassen: sie organisieren sich als Lohnarbeiter, nicht als Architekten.

Daneben ist freilich nach wie vor die Hoffnung aktuell, politisches oder soziales Engagement – individuell oder als Team – durch die Berufstätigkeit des Architekten selber verwirklichen zu können. Quelle solchen Engagements ist kaum die Umwälzung der Arbeitsbedingungen, sondern die Veränderungen im Aufgabenbereich der Architekten, die aus dem, was gemeinhin „Krise der Stadt“ genannt wird, folgen. Die Versuche politisch-architektonischer Selbstverwirklichung sind zwar, wie wir meinen und weiter unten noch eingehender begründen, illusionär. Sie werden aber noch geraume Zeit aktuell bleiben, denn die Umwälzung der Arbeitsplatzsituation ist noch lange nicht abgeschlossen, sie vollzieht sich überdies nicht gradlinig, sondern abhängig von den zyklischen Bewegungen der Baukonjunktur, und teilweise treten in denselben Prozessen, welche die berufliche Situation der Architekten grundlegend verändern, auch entgegengesetzte Tendenzen auf.

Solange noch eine materielle Basis für ständische bzw. sozialreformerische Vorstellungen existiert, stellt sich für die politische Arbeit der Architekten die scheinbar eindeutige Alternative: ihre kollektive Organisation als Lohnarbeiter oder eine individuelle sozial engagierte Berufspraxis. Abstrahiert die eine „Konzeption“ von der Lohnarbeiter-Existenz der Architekten (oder versucht ihr zu entgehen), so scheint die andere

umgekehrt von ihren Berufsinhalten zu abstrahieren. Wir meinen nicht, daß sich die Alternative so stellt. Die Organisation als Lohnarbeiter muß nicht die Frage ausschließen, welche Bedeutung für Architekten, die sich als Lohnarbeiter organisieren, die politische Auseinandersetzung im Zusammenhang mit ihrem Berufsinhalt gewinnen kann. Freilich kann Ausgangspunkt einer politischen Arbeit, die nicht berufsspezifische Sonderinteressen, sondern die Interessen der Lohnabhängigen verfolgt, nur die Organisation als Lohnarbeiter sein. Deren Grundlage ist in der Tat nicht die konkrete Arbeit, die häufig genug ein eher trennendes Moment zwischen den Arbeitern darstellt. Die konkrete Arbeit der Architekten kann aber unter einem Gesichtspunkt von allgemeinem Interesse für alle Lohnarbeiter sein: die Resultate der Arbeit der Architekten sind – wie die anderer Lohnarbeiter auch – Moment der kapitalistisch erzeugten Lebensbedingungen der Lohnabhängigen insgesamt.

Der Gegensatz von Kapital- und Arbeiterinteressen stellt sich auch anhand dieser Resultate dar. Können die Architekten durch ihre konkrete Arbeit zwar nichts daran ändern, daß deren Resultate keineswegs eine Verbesserung der Lebensbedingungen bewirken, so können sie doch ihren Beitrag leisten für den organisierten Kampf aller Lohnabhängigen gegen diese Lebensbedingungen.

Auswirkungen der gewerkschaftlichen Organisation auf die Berufspraxisdiskussion

Im Vordergrund der Berufspraxisdiskussion an den Hochschulen stand bislang die Analyse der Veränderung der Arbeitsplatzsituation und die Kritik der Hoffnungen, Berufstätigkeit und politisches Engagement gleichsetzen zu können. Diese Diskussion mußte freilich 'akademisch' bleiben, solange denen, die solche Illusionen hegen, bloß der Spiegel des objektiven Prozesses und seiner zu erwartenden Resultate vorgehalten wurde. Mit der beginnenden gewerkschaftlichen Organisation aber ist die Veränderung der Arbeitsbedingungen nicht mehr allein Gegenstand akademischer Diskussionen, sondern praktisch-organisatorischer Schritte – nicht (aber auch) der Studenten, sondern der berufstätigen Architekten selbst. Die Berufspraxisdiskussion kann damit konkretere Züge annehmen, indem nicht länger allein die objektiven Veränderungen der beruflichen Situation und deren Tendenzen analysiert werden, sondern gefragt wird, wie ihren Konsequenzen zu begegnen ist, indem die Möglichkeiten und die praktischen Probleme der gewerkschaftlichen Arbeit in den Planungsbetrieben untersucht werden.

Es stellen sich damit neue Aufgaben auch für die theoretische Arbeit. Denn die Analysen der Veränderung der Arbeitsbedingungen müssen für diejenigen, die diesen Bedingungen unterworfen sind, noch notwendig abstrakt bleiben, wenn sie auch bereits aufzeigen, daß die Vielfalt zum Teil recht unterschiedlicher Erscheinungen auf einen allgemei-

1) Vgl. die Beiträge der Fachgruppe der Angestellten in Architektur- und Ingenieurbüros der IG BSE in arch+ 18 und in diesem Heft.

nen Nenner, den vermehrter Ausbeutung, zurückzuführen ist. Sie sind daher nützlich bei der Propagierung gewerkschaftlicher Organisation, aber noch kaum bei der mühseligen gewerkschaftlichen Kleinarbeit in den Architekturbetrieben. Der Erfolg dieser Arbeit hängt aber davon ab, ob Betriebsblindheit überwunden, ob die allgemeinen Momente aktueller Betriebsprobleme erkannt werden können und ob die Gewerkschafter und Betriebsräte ihre Probleme zu verallgemeinern und in die allgemeine Diskussion zu vermitteln lernen. Hier ergeben sich angesichts der noch bestehenden relativen Isolierung insbesondere der Betriebsräte in den Planungsbetrieben erhebliche Schwierigkeiten. Für die theoretische Arbeit an der Hochschule ergibt sich hieraus die Aufgabe, aktuelle Probleme der Gewerkschaftsarbeit aufzugreifen und damit einen Beitrag zu jenem Verallgemeinerungsprozeß, der erst die Grundlage für gemeinsames Handeln darstellt, zu leisten.

Ursachen der Veränderung der beruflichen Situation

Neben diesem Strang der Diskussion wird weiterhin die Auseinandersetzung um die Berufspraxisillusionen zu führen sein. Bevor wir auf die neueren Versuche dieser Art im einzelnen eingehen, wollen wir die beiden Hauptursachen der Veränderung der beruflichen Situation der Architekten, die zu jener Scheinalternative: politische Arbeit als Lohnarbeiter oder als Architekt geführt haben, näher betrachten:

Veränderung der Arbeitsbedingungen

Die beginnende gewerkschaftliche Organisation der Architekten ist vor allem die Konsequenz aus der fortschreitenden Umgestaltung der Arbeitsbedingungen einer zunehmenden Zahl von Architekten 2). Freiberufler sind zu Lohnabhängigen geworden und immer mehr generalistische „Geisteshandwerker“ werden zu Arbeitern, deren Tätigkeit auf spezielle, mehr oder weniger eingeschränkte Teilfunktionen eines ehemals ganzheitlichen individuellen Arbeitsprozesses reduziert wird. Die Inhalte der jeweils konkreten Tätigkeit als Lohnarbeiter werden damit geschieden vom Inhalt der Arbeit des Architekten allgemein. Berufsinhalt und Arbeitsinhalte sind nicht länger identisch. Die spezifische, unter dem Kapitalverhältnis aufgezwungene und über fortschreitende Arbeitsteilung noch verstärkte Abstraktion vom Arbeitsinhalt bildet als real erfahrbare Entfremdung die subjektive Voraussetzung für eine Organisation als Lohnarbeiter. In dem Maße, in dem die Besonderheit des Arbeitsverhältnisses der Architekten, nämlich nichtentfremdet zu arbeiten, immer mehr ver-

schwindet, können sie sich auch immer weniger als „etwas Besonderes“ verstehen und begreifen ihr besonderes Arbeitsverhältnis nurmehr als Einzelfall des allgemeinen Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital.

Nicht die Selbstverwirklichung als Architekt oder gar Sozialreformer, sondern Arbeitsplatzunsicherheit, Entlassungen in der Krise, Überstundendruck und: über neue Lohnformen, Zeitvorgaben, analytische Arbeitsplatzbewertung oder Prämiensysteme erzwungene Arbeitshetze, sind die bestimmenden Arbeitserfahrungen der unter das Kapital subsumierten Architekten.

Die Umwälzung des Arbeitsprozesses der Architekten, ihre „reelle Subsumtion“ unters Kapital, die ihrer „formellen Subsumtion“, ihrer Verwandlung in Lohnarbeiter, auf dem Fuße folgt, entzieht der auf freiberuflicher oder wenigstens nichtentfremdeter Arbeit gegründeten Berufsideologie den Boden. Deren Inhalt ist, auf eine allgemeine Formel gebracht: „Für die Bedürfnisse anderer arbeiten und darin seine Selbstverwirklichung finden.“ Ähnlich wie etwa bei den Ärzten ist die Grundlage für eine solche Überhöhung der eigenen Tätigkeit weniger in ihrer konkreten Arbeit, als in deren ökonomischer Form zu suchen. Sie entspricht selbständigen Warenproduzenten oder Dienstleistenden, die nicht für einen anonymen Markt produzieren.

Veränderungen im Aufgabenbereich

Die Berufsideologie der Architekten wird noch von anderer Seite her infragegestellt: Nicht nur die Arbeitsbedingungen sondern ihre Aufgaben selber haben sich verändert: Spätestens seit Beginn der 60er Jahre mußte den Architekten klarwerden, daß es nicht ihre Lieblings-Baufaufgaben, wie Einfamilienhäuser, Konzertsäle, Theater, sondern Kahl-schlagsanierungen, Errichtung von Schlafstädten, die Monofunktionalisierung der Innenstädte durch Kaufhäuser, Bankpaläste, Unternehmensverwaltungen usw. sind, welche die Stadtentwicklung wirklich bestimmen. Von „Bedürfnisbefriedigung anderer“ konnte angesichts der Zerschlagung innerstädtischer Wohngebiete und der Vertreibung ihrer Bewohner keine Rede mehr sein. Die Resultate ihrer konkreten Arbeit mußten den Architekten selbst problematisch werden.

Daß die Berufsideologie immer weniger mit der Realität in Einklang zu bringen war, führte nun aber, solange ihre ökonomische Basis unberührt blieb, keineswegs zur Auflösung dieser Ideologie, sondern eher zu ihrer Radikalisierung. Die eigene Selbstverwirklichung als Gestalter erscheint nurmehr als verschwiegenes Nebenprodukt, die Bedürfnisbefriedigung anderer als der eigentliche Zweck

2) Vgl. (in der Reihenfolge ihres Erscheinens): Industrialisierung des Bauens unter den Bedingungen des westdeutschen Kapitalismus, in Kursbuch 27; Helga Faßbinder, Der Architekt – Berufsbild und Berufsrealität, in arch+ 17;

Hübener, Nauester, Petzinger, Der lohnabhängige Architekt, Berlin 1973; Klaus Brake (Hrsg.), Architektur und Kapitalverwertung, Frankfurt 1973; Projektgruppe Berufspraxis des Architekten, in arch+ 18.

der eigenen Arbeit. Und wenn die bisherige Planung nicht der Bedürfnisbefriedigung gedient hatte, ^{so war nun} eine neue Planung notwendig, die an den materiellen Interessen der 'Betroffenen' orientiert ist. Die Berufsideologie mauert sich zum sozialen Engagement, der Architekt zum Sozialgestalter – freilich nur dem Wunsche nach. Nicht-entfremdete Arbeit und beharrliche Abstraktion vom Warencharakter der eigenen Produkte ist auch die Grundlage dieser radikalisierten Variante der Berufsideologie. Sie kann in dem Maße, wie die Interessen der Auftraggeber als Hemmnis „bedürfnisgerechter Planung“ erfahren werden, auch antikapitalistische Züge annehmen ³⁾. Vor der Erkenntnis freilich, daß nicht die Planer, sondern Kapitalinteressen die gebaute Umwelt gestalten, und daß Bedürfnisbefriedigung nur dagegen durchsetzbar ist, schrecken diejenigen Architekten zurück, die noch ökonomische Gründe haben, an jener Ideologie festzuhalten.

Von der Berufsideologie zur Unternehmerideologie – Zur Rolle der Berufsverbände

In dem Maße wie für die Masse der Architekten die Voraussetzung selbständiger, nichtentfremdeter Arbeit entfällt, verwandeln sich die Berufsideologien der Architekten in die Ideologien der Bürochefs und die berufsständischen Organisationen in Unternehmerverbände.

Es mag aberwitzig erscheinen, daß die Berufsverbände, während infolge der Arbeitsteilung der Architektenberuf anfängt, sich in verschiedene Bestandteile aufzulösen, für die öffentlich-rechtliche Institutionalisierung der Architekten als eines selbständigen Berufsstandes gesorgt haben, was für Ärzte, Juristen usw. zwar noch üblich, aber schon fragwürdig geworden ist. Es genügt aber nicht, die Errichtung von Architektenkammern und deren Politik als den Ausdruck nicht mehr gegebener Bedingungen der Berufspraxis und als eine offen reaktionäre Tendenz zu denunzieren; wichtiger sind die Auswirkungen auf die Berufstätigkeit, wie die Monopolisierung der Berufsausübung durch die Kammermitglieder, bei denen es sich überwiegend um Bürohhaber handelt, und die Dequalifizierung der angestellten Architekten und Planer mit der Konsequenz, daß sie besser ausgebeutet werden können.

Angeichts dieser für die lohnabhängigen Architekten negativen Tendenzen, müssen sich die Bürohhaber und Berufsstands-Politiker, die diese Form der Architekten-tätigkeit zu erhalten suchen, gleichzeitig darum bemühen, sie den lohnabhängigen Architekten schmackhaft zu machen. Hier helfen die verschiedenen Varianten der Berufsideologie, sei es in ihrer radikalisierten Fassung, sei es in einer technokratisch modernisierten. Insbesondere vom BDA wird die Rückbesinnung auf die berufs-

ständischen Werte als Heilmittel für die Krise der Städte angepriesen (vgl. BDA-Manifest). In idealistischer Einschätzung des Charakters der Resultate der Berufsarbeit von Architekten wird ihnen die Verantwortung für eben diese Resultate zugeschrieben. Konsequenz ist, daß die Lösung der Widersprüche, die in der Realität auftreten, in neuen Architektur-Theorien gesucht wird. Mit dem Versuch, qualitative Mängel zu technischen Problemen zu erklären, so daß systembedingte Schwierigkeiten mit organisatorischen Rezepten behoben werden können, werden Architekten und Planer schnell zu Anhängern der Meinung, daß mit Hilfe von Theorien und Methoden, die Ausdruck des jeweils fortgeschrittensten Standes des Planungsprozesses sind, auch fortschrittliche Resultate realisiert werden könnten. Über die Vermittlung technokratischer Bewußtseins-Inhalte hinaus liegt das gefährlich Irreführende dieses ständischen Konzepts von Berufspraxis vor allem in den Illusionen über die Realisierung sozial engagierter Arbeit, womit die Architekten und Planer aber umso mehr in sozialtechnische Strategien integriert werden.

Daß es sich um Illusionen handelt, wird an nichts deutlicher als an den realen Konflikten, die sich gerade an denjenigen Maßnahmen der Bau- und Stadtplanung entzünden, bei denen es um die Reproduktionsbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung geht: an die Stelle der Realisierung „bedürfnisgerechter Planung“ tritt der Polizeischutz für Objekte, an deren Errichtung eben aber auch die „freien, ökonomisch unabhängigen Architekten“ und Planer ein existenzielles Interesse haben. Damit wird offenkundig, daß es für Planer als Unternehmer keine Gemeinsamkeiten mit den Bevölkerungsinteressen geben kann.

Neuere Versuche, sozial engagiert und nicht entfremdet zu arbeiten.

Auf die Erfahrung, daß angesichts der Subsumtion unter Kapital und der jüngsten Entwicklung der kapitalistischen Städte sich die Berufserwartungen immer weniger realisieren lassen, reagieren die Architekten sehr unterschiedlich: einige nur mit resignativer Flucht aus diesem Beruf, andere dagegen mit dem Ziel, die gesellschaftlichen Voraussetzungen sozialer Veränderungen zu erkämpfen; im Mittelpunkt jedoch steht die unbeirrte Suche nach verbleibenden Möglichkeiten, nicht entfremdet zu arbeiten und das soziale Engagement mit den Inhalten der konkreten Berufsarbeit zu verbinden.

Diesen Bemühungen, den langfristig sich durchsetzenden Tendenzen vorerst zu entgehen, kommt der Umstand entgegen, daß dieselben Prozesse, die ihre Arbeitsbedingungen

3) So insbesondere in Fragen der Bodenordnung, die allerdings gern zur Quelle allen Übels hochstilisiert wird. Von den wirklichen Ursachen, die nicht in der kapitalistischen Bo-

denordnung, sondern in der kapitalistischen „Ordnung“ zu suchen sind, wird so abgelenkt.

und ihre Arbeitsaufgaben so radikal verändert haben, vorübergehend und als Nebeneffekt Prozesse auslösen, die in einigen Teilbereichen eine relative Autonomie der Architektentätigkeit gegenüber dem Kapitalverwertungszusammenhang zu ermöglichen scheinen. Die krisenhafte Entwicklung der Städte ruft vermehrt den Staat auf den Plan und der Konzentrationsprozeß schiebt den Kleinbüros gerade diejenigen Aufgaben zu, mit denen es möglich scheint, sich der realen Subsumtion zu entziehen. Im Bemühen, doch noch irgendwie sozial engagiert und nichtentfremdet zu arbeiten, werden diese in der Gesamtentwicklung auftretenden Erscheinungen gewisser Autonomie so interpretiert, daß es noch Handlungsspielraum für soziale Reformen in Verbindung mit dem Berufsinhalt gäbe. So entstehen auf der Suche nach Freiräumen immer wieder Illusionen über ihren Charakter; sie führen zu unrealistischen Einschätzungen der tatsächlich vorhandenen Beschränkungen der Berufssituation innerhalb dieser Freiräume, so daß die Konzepte zur Realisierung sozialer Veränderungen nicht tragfähig sind.

Arbeit beim Staat

Zu diesen Versuchen gehört, daß immer mehr Architekten beim Staat arbeiten wollen – eine Arbeitsmöglichkeit, die solange als bürokratisch und unkreativ denunziert war, solange man davon ausging, die Realisierung sozialen Engagements bestünde in künstlerischer Baugestaltung und sei nur freiberuflich möglich. Wie ist nun das sich steigernde Interesse von Architekten an der Arbeit bei Behörden auf Bund-, Länder- und Gemeindeebene zu beurteilen angesichts der Entwicklung, daß zur Schaffung allgemeiner räumlicher Produktionsvoraussetzungen der „Städtebau“ hinter die „Infrastrukturplanung“ zurücktritt? Dabei spielen gewöhnlich zwei Erwartungen eine besondere Rolle. Einerseits handelt es sich um die Hoffnung, im Arbeitgeber „Staat“ die Instanz vorzufinden, die gegenüber den verschiedenen Kapitalinteressen neutral ist und deren Planungskompetenz zunimmt. Und damit wäre es ja möglich, Maßnahmen der Bau- und Stadtplanung als einen Hebel zu sozialen Veränderungen zu benutzen. Grundlage solcher Hoffnungen ist, daß der Staat der bürgerlichen Gesellschaft als klassenneutraler Sozialstaat eingeschätzt wird; gerade in seiner Kompetenzerweiterung kommt jedoch zum Ausdruck, daß sich die staatliche Tätigkeit im Dienst der Erfordernisse der Kapitalverwertung noch verstärkt. Das Interesse an der Arbeit beim Staat kann zum anderen auch bedeuten, sich dem Streß, der Arbeitsplatzunsicherheit etc. entziehen zu wollen, die zu Merkmalen der Arbeit in kapitalistisch betriebenen Planungsunternehmen werden. Tatsächlich sind die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst noch besser als in den kapitalistisch betriebenen großen Planungsunternehmen. Zweierlei ist aber zu berücksichtigen. Verschärfungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, wie sie sich sowohl in Ökonomisierungstendenzen als auch im Gegensatz „privaten Reichtums zu öffentlicher

Armut“ ausdrücken, führen notwendigerweise in Zukunft auch beim Staat zunehmend zu Rationalisierungen und damit zur Verschärfung von Karrieredruck und Konkurrenz. Dazu gehört auch die Verringerung von „Reibungsverlusten“ durch politische Disziplinierung. Die Situation des Planers, für den es aufgrund seines sozialen Engagements zu Kontrollversen um Planungsmaßnahmen kommt, verschlechtert sich nun noch durch die ihm auferlegten personalrechtlichen Bedingungen. Nicht nur sind die Möglichkeiten innerbetrieblicher Kritik als gewerkschaftlicher Arbeit eingeschränkt; die Verschwiegenheitspflicht soll ihn zudem daran hindern, sich an öffentlich diskutierter Kritik zu beteiligen, sodaß sich auch seine eventuelle Absicht, mit Informationen über die Planung z.B. Bürgerinitiativen gegen bestimmte Planungsmaßnahmen zu unterstützen, kaum realisieren läßt.

Arbeit in spezialisierten Kleinbüros

Neben der Arbeit beim Staat verbindet sich die Hoffnung darauf, nicht entfremdet und sozial engagiert arbeiten zu können, vor allem auch mit den kleinen Architektur- und Planungsbüros. Es ist nicht davon auszugehen, daß diese Form der Organisation von Bau- und Stadtplanungstätigkeit völlig verschwindet. Sie wird sich als ein besonderer Typ erhalten, und zwar in dem Maße, in dem sich die großen kapitalistisch betriebenen Planungsunternehmen herausbilden, die sich einzelne Bereiche der Arbeitsteilung aber erst einverleiben, wenn dies profitabel für sie wird. In der Übernahme solcher Teilfunktionen bilden kleinere Büros, die sich auf bestimmte Objektplanungen oder auf Phasen des Planungsprozesses spezialisieren, als Subunternehmer die brauchbare Ergänzung der Großbüros selbst. An zwei Punkten wird deutlich, daß diese Kleinbüros nicht mit den bisher gewohnten identisch sind. Die Abhängigkeit von den Großbüros führt zunächst dazu, daß ihre Existenzmöglichkeiten unsicherer sind. Das erklärt z.B., daß es sehr häufig zu Auflösungen und Neugründungen kommt, Kleinbüros also keinen dauerhaften Arbeitsplatz darstellen – und das wirkt sich vor allem auf die Arbeitsbedingungen aus. Zwar ist es viel eher möglich, ein Projekt zu überblicken und weniger entfremdet zu arbeiten, dafür gibt es aber weniger Geld, sind mehr Überstunden üblich und der Arbeitsplatz ist schon bei den kleinsten Krisen gefährdet⁴⁾. Gleichzeitig bedeutet die Erledigung von Teilaufträgen auch, daß die kleineren Büros heute unter veränderten ökonomischen Existenzbedingungen arbeiten. Zu ihren Aufträgen gehören immer weniger die für den privaten Einfamilien-Wohnungsbau, d.h. Planungsaufgaben, für die der Auftraggeber selbst unmittelbarer Nutzer ist, so daß auch noch für konkrete Bedürfnisse geplant werden kann. Dennoch scheint sich auch mit den neuen Planungsaufgaben noch die Hoffnung verbinden zu lassen, soziales Engagement realisieren zu können; gerade zur Bearbeitung von Projekten der Stadtentwicklung bzw. Sanierung, von Entwürfen für Bauten im Bildungs- und

4) Siehe Beitrag der Fachgruppe in der IG BSE in diesem Heft.

Sozialbereich und von Gutachten bzw. Wettbewerben bilden sich immer wieder neue Büros, und zwar in der Form von Partnerschaften oder auch Genossenschaften. Die Absicht z.B. mit Hilfe von Alternativ-Konzepten partielle Verbesserungen in der Bau- und Stadtplanung zu initiieren, muß aber daran gemessen werden, daß diese Kleinbüros ja nur eine spezielle Funktion der Aufgaben wahrnehmen, die nach dem Kalkül der großen Planungsunternehmen, Trägergesellschaften etc. abgewickelt werden und zugleich der Realisierung der Verwertungsinteressen der Bauauftraggeber dienen sollen. Der Einfluß von Alternativkonzepten auf die Planung wird sich daher intern, d.h. im Kooperationsprozeß mit den Bauträgern, in einer Optimierung erschöpfen, die wiederum – nach außen vermittelt – zugleich zur Legitimation des endgültig „besten“ Planungsvorschlages dienen kann: muß der Auftraggeber – etwa in der Sanierung – sein Projekt gegenüber Betroffenen vertreten, so sitzen schließlich an seiner Stelle die Architekten auf dem Podium und versuchen, das Ziel der Maßnahme und die Entwicklung des Projekts als positiv darzustellen.

Vom Druck, unter dem diese Identifizierung mit der eigenen Arbeit hergestellt wird, ist dabei kein Mitarbeiter in diesen spezialisierten Kleinbüros ausgenommen. Die Notwendigkeit des angestellten Architekten, die Ideologie des Büroinhabers in Verhandlungen zu vertreten, wird ihm durch Partnerschaftsangebote schmackhaft gemacht – die relativ schlechte Bezahlung durch Gewinn-„Beteiligung“. Diese integrationistischen Modelle können die existenten Bedingungen der Abhängigkeit und Entfremdung langfristig allerdings nicht verschleiern.

Daneben gibt es noch die genossenschaftlichen Büros; ihre Mitglieder verfolgen zwar den Abbau entfremdeter Arbeit durchaus ernsthaft, fungieren nun aber kollektiv als Unternehmer. Nun bedeutet die Übernahme von Teilaufträgen, daß die kleinen Büros in die zeitlichen, technologischen, arbeitsteiligen und hierarchischen Bedingungen der Organisation des gesamten Bauprozesses eingepaßt werden; ihnen werden also für ihren eigenen Arbeitsprozeß bestimmte Mechanismen aufgezwungen, die aus den Verwertungsbedingungen der kapitalistisch betriebenen Planungsunternehmen resultieren. Damit werden die Essentials einer Organisationsform infragegestellt, die gerade gegen die bürgerliche Gesellschaft gerichtet ist. So unterliegen auch die Genossenschaften der generellen Tendenz eines jeden Kleinbüros. Es steht einerseits ständig vor der Gefahr der Auflösung, indem seine Funktionen schließlich integriert bzw. einzelne spezialisierte Mitarbeiter abgeworben werden; will es aber überleben, so steht es vor der Notwendigkeit, einerseits das eigene „know how“ – qualifizierte Mitarbeiter, Arbeitsmittel etc. – erweitern, andererseits für sich selbst bestimmte Rationalisierungen vornehmen zu müssen. Wird die Grenze der eigenen engen Spezialisierung überschritten und werden selbständig auszuführende Aufträge übernommen, so ergibt sich nun auch hier als erster Schritt

der Zwang zur Kooperation, die wiederum eine Voraussetzung zur Konzentration bildet, und der Zwang zu expandieren schließt den zur Kapitalakkumulation mit ein. Im Zuge der Strukturveränderungen kleinerer Büros bleibt damit den Architekten und Planern meist nur vorübergehend die Illusion, nichtentfremdete Arbeit zu leisten oder sozial engagierte Arbeit realisieren zu können.

Berufsspezifische Möglichkeiten politischer Arbeit bei Trennung von beruflicher und politischer Arbeit.

Ziehen wir das Resümee unserer Betrachtung der verschiedenen Versuche, im Rahmen der Berufstätigkeit sozial engagiert und nichtentfremdet zugleich zu arbeiten, so kommen wir nicht daran vorbei, festzustellen, daß sie alle als letztlich vergebliche Fluchtversuche zu betrachten sind. Sollen diese Sackgassen vermieden werden, muß soziales Engagement, da es sich nicht in der Berufstätigkeit selber realisieren kann, vom Anspruch auf nichtentfremdete Berufsarbeit gelöst werden. Es fragt sich also, ob als einzig illusionsloser Weg nur bleibt, entfremdete Arbeit ~~und~~ proletarisierte Existenz als typische Situation auch der Architekten zu begreifen, daß jedes soziale Engagement, welches auf die Inhalte der beruflichen Arbeit bezogen ist und sich aus der Situation des kapitalistischen Wohnungs- und Städtebaus herleitet in ein „bloß“ gewerkschaftliches, auf Tarifrufen und äußere Arbeitsbedingungen bezogenes Engagement transformiert werden sollte.

Bevor man zu dieser, wie es manchen scheinen mag, resignativen Konsequenz gelangt, muß man sich vergegenwärtigen, was wir schon eingangs gesagt haben. Mit der Organisierung als Lohnarbeiter geht zwar die Abstraktion von den konkreten Inhalten der beruflichen Arbeit einher, Entfremdung ist geradezu eine Voraussetzung gewerkschaftlicher Organisierung; es wäre aber falsch auch davon zu abstrahieren, daß die Resultate dieser Arbeit in geradezu exemplarischer Weise ausdrücken, daß Kapitalverwertung und die Lebensinteressen der Arbeiter einander ausschließen. Sowenig politisches Engagement an den konkreten Inhalten der Arbeit im Büro festgemacht werden kann, so kann es doch an den „Berufsinhalten“ anknüpfen. In Fragen der Bau- und Stadtplanung 'sachkundig', können die Architekten zum Bewußtwerdungsprozeß anderer Lohnabhängiger über ihre dem Kapital entgegengesetzten Interessen in diesem Sektor beitragen. Es scheint dies eine Perspektive vor allem für diejenigen zu sein, welche – freilich relativ isoliert – theoretisch arbeiten. Betrachten wir also unter dem Gesichtspunkt, wie diese Perspektive praktisch werden kann, zum einen die Mitarbeit in Bürgerinitiativen und zum andern die Frage, ob die Gewerkschaftsarbeit ausgedehnt werden kann auf Fragen der Reproduktion der Arbeitskraft, soweit sie im Arbeitsbereich der 'Bautätigen' liegen, und wie sie in der BRD eben von den Bürgerinitiativen, bislang aber kaum von Gewerkschaften aufgegriffen werden.

Mitarbeit in Bürgerinitiativen

Aus zwei Gründen scheint uns der Versuch durch die Mitarbeit in Bürgerinitiativen als Architekt politisch zu arbeiten problematisch. Was ihre eigene Rolle betrifft, ist zu berücksichtigen, daß die Architekten hier einerseits nur als Architekten, nicht als Lohnarbeiter auftreten, von ihrer eigenen Existenz als Arbeiter abstrahieren, andererseits nur in der Rolle des beratenden, aber nicht selber betroffenen Experten fungieren, sich also individualisieren.

Was die Möglichkeiten der Bürgerinitiativen betrifft, auf die Reproduktionssphäre bezogene Interessen der Lohnabhängigen wahrzunehmen, kann hier nur von der umfangreichen Literatur zum Thema ausgegangen werden. Auch über die Argumente hinaus, die von „Frühwarnsystem“ der Verwaltung und von „außerparlamentarischem Legitimationsersatz“ sprechen, bleibt doch die grundsätzlichere Kritik, daß Bürgerinitiativen keine adäquate Form sind, Interessen der Lohnabhängigen zu artikulieren und den Kampf um die Qualität der Reproduktionsbedingungen, gegen die kapitalistische Form der Wohnungs- und Städteplanung zu führen. Ihre Form selber ist – unabhängig von der Klassenzusammensetzung ihrer Mitglieder – klassenunspezifisch. Sie drücken die Interessen der Lohnabhängigen nicht als Interessen von Lohnabhängigen, sondern von Staatsbürgern aus. Und weil sie die Konsumtionsinteressen der Arbeiter nicht als Arbeiterinteressen, sondern als gesonderte Konsumenteninteressen artikulieren, erliegen sie der Mystifikation der Scheidung der Lohnabhängigen in unmittelbare Produzenten und Konsumenten ebenso, wie das auf der anderen Seite eine Gewerkschaftsstrategie tut, welche sich auf die Tarifpolitik beschränkt.

Die Verschlechterung der Lebensbedingungen – gleich ob es sich z.B. um steigende Mieten oder die qualitative Minderung notwendiger Gebrauchswerte handelt – berührt die ökonomischen Interessen der Arbeiter in zumindest nicht zu vernachlässigendem Umfang und gehört daher auch zu den Aufgaben derjenigen Organisationen, welche der Artikulation und Durchsetzung der ökonomischen Interessen der Arbeiter dienen sollen, also der Gewerkschaften. Die westdeutschen Gewerkschaften thematisieren solche Fragen freilich nur auf der Ebene ihres Dachverbandes oder auf Kongressen und dgl. und meist in der Form von Appellen an die sozialliberale Regierung. Das Feld der praktischen Auseinandersetzung überlassen sie

den Bürgerinitiativen. Mehr noch, geraten wie beim Umweltschutz das Interesse an Arbeitsplätzen und das Interesse an erträglichen Lebensbedingungen in Gegensatz, schlagen sie sich auf die Seite der Argumente der „Arbeitgeber“. Die Gründe für die weitgehende Beschränkung der gewerkschaftlichen Strategie auf die Tarifpolitik liegen jedoch auch insofern im Reformismus der westdeutschen Gewerkschaften, als die Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Reproduktionssphäre so begriffen wird, daß sie die Lohnarbeiter als Arbeiter einer bestimmten Branche trifft und daher auch das Problem einer Einzelgewerkschaft ist. Immerhin zeigt das Beispiel der italienischen Klassenkämpfe, daß eine Verbindung von Arbeitskämpfen und Kämpfen um die Reproduktionsbedingungen sehr wohl möglich ist ⁵⁾. Wir wollen hier nicht Erfahrungen einer spezifischen Situation unzulässig verallgemeinern, es wäre aber falsch, offenkundige Parallelen nicht sehen zu wollen ⁶⁾. Die Hemmnisse, die einer solchen Verbindung der Kämpfe in beiden Sphären in der BRD entgegenstehen, sind freilich beträchtlich. Immerhin zeigt die bloße Existenz von Bürgerinitiativen die aktuelle Bedeutung dieser Frage. Allerdings gehen die Meinungen, was die Einschätzung ihrer Relevanz betrifft, auch in der Redaktion auseinander.

Ausweitung gewerkschaftlicher Strategien auf die Reproduktionssphäre

Betrachten wir die mögliche Rolle der Architekten im Rahmen eines Versuchs einer Ausweitung der gewerkschaftlichen Strategie auf Probleme der Reproduktionssphäre, so ergeben sich zwei Schwierigkeiten. Erstens ist der Grad der „gewerkschaftlichen Sozialisation“ der Architekten noch unentwickelt, ist ihr Proletarisierungsprozeß doch noch keineswegs abgeschlossen und sind Probleme der „traditionellen“ Gewerkschaftsarbeit daher vordringlich. Zweitens wird die Ausweitung des gewerkschaftlichen Kampfes gern ständisch als Ausweitung auf die eigenen Arbeitsinhalte, als Kampf gegen die eigene Entfremdung verstanden. Es wäre aber ein allzu kurzschlüssiger Ansatz, würde versucht, Fragen des Wohnungsbaus und der Stadtplanung zu einer Aufgabe der Einzelgewerkschaft zu machen, in der diejenigen organisiert sind, welche sich berufsmäßig damit beschäftigen. Nichtentfremdete Arbeit ist ja nur denen ein aktuelles Bedürfnis, welche aktuell vom Durchsetzungsprozeß reeller Subsumtion betroffen sind. Es ist daher ein nicht verallgemeinerbares, schließlich verschwindendes Sonderinteresse.

5) So im „heißen Herbst“ 1969, wo erfolgreich Tarifausschließungen mit dem Kampf für Strukturformen wie Wohnungsreform (Mietstop, Errichtung einer ausreichenden Zahl von Sozialwohnungen), Gesundheitsreform, Steuerreform, durch kurze Generalstreiks verbunden wurden.

6) Die Situation im Wohnungswesen der BRD im Jahre 1973 wie sie im Baukrisen-Artikel dieses Heftes beschrieben wird, gleicht weitgehend jener in Italien 1970, welche Albers, Goldschmidt und Oehlke (in: „Klassenkampf in Westeuropa“,

S. 157) so darstellen: „... verteuerten Spekulationsgewinne für die Bodenpreise, luxuriöse Ausstattung und vom Wohnungsboom sprunghaft erhöhte Baupreise die Neubauwohnungen so sehr, daß viele von ihnen leerstanden. Nur ein Bruchteil der Neubauten entsprach dem millionenfachen Bedarf nach Sozialwohnungen zu tragbaren Mietpreisen.“ Bleibt anzumerken, daß der millionenfache Bedarf nach Wohnungen auch minderer Qualität der zahlungsfähigen Nachfrage von Millionen, nicht aber deren wirklichen Bedürfnissen entspricht.

Konkrete Schritte anzugeben, fällt angesichts der oben angedeuteten Hemmnisse schwer, muß notwendig spekulativ bleiben. Denkbar erscheint der Versuch, zunächst informelle Arbeitsgruppen zu initiieren, welche sich möglichst aus Mitgliedern der wichtigsten Einzelgewerkschaften rekrutieren und aktuelle Probleme der Verschlechterung der Lebensbedingungen aufgreifen, welche als Gewerkschafter u.U. auch in entsprechenden Bürgerinitiativen mitarbeiten in dem Bemühen, die 'gewerkschaftliche Dimension' derar-

tiger Interessen aufzuzeigen und auf der anderen Seite die Gewerkschaften zur Initiative zu veranlassen.

Die Ausweitung der gewerkschaftlichen Strategie auf Probleme der Reproduktionssphäre kann daher aktuell nicht unter der Devise 'Weg mit der entfremdeten Arbeit' erfolgen, sondern nur 'Gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen'. Fragen der Reproduktion der Arbeitskraft sind, soweit es nicht um den Lohn geht, Fragen *aller* Einzelgewerkschaften.